

BürgerEnergieStammtisch Sittenberg

e-mail: johannes.joa.schmidt@web.de

c/o Johannes Schmidt, Sittenberg 1, 94161 Ruderting – Tel. 08509/1417



KL B
Diözese
Passau



fachlexika.de



NESt Sittenberg 1 – 94161 Ruderting

Offener Brief an:

Bundeskanzlerin Angela Merkel, BuMi Peter Altmeier, BuMiin Svenja Schulze,
MdB Andreas Scheuer, MdB Thomas Erndl, MdB Florian Pronold

12.Okt. 2020

EEG nicht zum Erneuerbare-Energien-Verhinderungsgesetz machen!

Sehr geehrter Frau Bundeskanzlerin Merkel,

seit nunmehr fünf Jahren setzen wir uns dafür ein, die Bürger unserer Region Passau-Wolfstein über die Energiewende in allen Facetten zu informieren. Dies geschieht in monatlichen Zusammenkünften mit überdurchschnittlichen Besucherzahlen zwischen 20 und 130 Zuhörer*innen. Es geht uns darum, die Zukunft der uns nachfolgenden Generationen zu sichern, deshalb solidarisieren wir uns mit „Fridays for Future“ und anderen Gruppierungen von der Politik, um nichts weniger als die Einhaltung des Pariser Klimaschutzabkommens einzufordern.

Ein dafür ganz zentraler Bereich ist die Energieversorgung in allen Sektoren, die für einen sehr großen Anteil der Treibhausgasemissionen verantwortlich ist. Konsequenterweise haben viele Verbände daher die Forderung erhoben, dass Deutschland seine gesamte Energieversorgung bis spätestens 2035 auf Erneuerbare Energien umstellt – aus heutiger Sicht ist sogar 2030 als Zieldatum erforderlich und auch möglich.

So bezieht z. B. unser Landkreis Passau, in dem unser BürgerEnergieStammtisch beheimatet ist, bereits 67,7 % des Gesamtstromverbrauchs (Jahr 2018) aus Erneuerbaren Energien. Der Photovoltaikanteil bei der Einspeisung lag bei 49,8 %. Ein Ergebnis, auf das wir durchaus stolz sind und das die Investitionsbereitschaft vieler Bürger*innen und Kommunen zeigt. Und dabei wäre noch Potential für die doppelte installierte Leistung, allein für Dachanlagen. Deutschland ist eines der walddreichsten Regionen in der EU. Momentan liegt Holz aus den Waldschäden in großen Mengen auf Lagern und wird zu Niedrigstpreisen vermarktet. Die energetische Nutzung wird durch die subventionierten Gas- und Heizölpreise erschwert. So werden Konzerne bevorzugt und Bürger*innen benachteiligt!

Vor allem mit dem Erneuerbare Energien-Gesetz (EEG) war Deutschland einmal sogar weltweiter Wegbereiter für die globale Energiewende und hat ganz wesentlich dazu beigetragen, dass die Stromgestehungskosten für Strom aus Wind und Solarenergie massiv gefallen sind. All das ist wesentlich durch die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes möglich geworden, die die Technik entwickelt und auch angewandt haben. Millionen von Menschen haben Milliarden von Euros in eine zukunftsfähige und klimaverträgliche Energieversorgung investiert. Und wir Bürgerinnen und Bürger wollen weiter und sogar noch stärker die Zukunft unseres Landes auf diese Weise selbst gestalten, selbst oder in Form von Genossenschaften, in der Nachbarschaft usw. Wir wollen auch nicht mehr zu Konflikten um Gas und Ölressourcen beitragen, sondern mit heimischen Erneuerbaren Energien hier eine klimaverträgliche und nachhaltige Wirtschaft aufbauen.

Leider hat die Bundesregierung in den letzten Jahren den einst erfolgreichen Ausbau der Erneuerbaren Energien immer mehr ausgebremst, vor allem indem es für Bürgerenergie immer

schwerer wurde, sich zu entfalten. Die Neugründung von Energiegenossenschaften ist in den letzten Jahren in Deutschland eingebrochen, von 167 im Jahr 2011 auf nur noch 9 im Jahr 2019. Dabei ist Bürgerenergie ganz zentral für eine sozialgerechte, demokratische und partizipative Energiewende.

Für unsere Region hat dies zur Folge, dass Investitionen von Bürger*innen und auch Kommunen zurückgehalten werden, weil die Zukunft unklar und fraglich ist. Das kann nicht im Sinne einer freien und sozialen Marktwirtschaft sein.

Die Einführung von Ausschreibungen hat es echter Bürgerenergie in vielen Fällen unmöglich gemacht, weiter am Strommarkt zu bestehen, da die Zuschlagsrisiken für neue Bürgerenergieprojekte nicht tragbar sind. Das wiederum hat vor allem bei der Windenergie dazu geführt, dass sich weniger Menschen lokal für Windenergie einsetzen, während die Gegner von der Bundesregierung überproportional angehört und berücksichtigt werden.

Selbstverbraucher Strom wurde außerdem mit Abgaben belegt, was die weitere Entfaltung von lokalen Energiegemeinschaften und den dezentralen Ausbau der Erneuerbaren Energien erschwert hat. Die Mieterstrom-Regelungen erweisen sich bislang als in der Praxis nicht umsetzbar.

Anstatt diese Barrieren abzubauen, plant die Bundesregierung nun aber einen erneuten Anschlag auf die Bürgerenergie, indem zusätzliche Erschwernisse ins EEG aufgenommen werden sollen, wie die Ausweitung von Ausschreibungen auch auf kleinere Anlagengrößen. Die Bundesregierung hat auch noch nicht die EU-Vorgaben zur Förderung von Bürgerenergie in deutsches Recht umgesetzt, wie von der Erneuerbare-Energien-Richtlinie (RED II) verlangt, vor allem bezüglich der Behandlung von selbstgenutztem Strom und der mangelnden Unterstützung für Mieterstrommodelle/-Quartierslösungen sowie die Ausnahmen von Ausschreibungen.

Deshalb fordern wir Sie auf:

- 1) die Förderung der Erneuerbaren Energien zu priorisieren, anstatt den Weiterbetrieb von Kohlekraftwerken direkt oder indirekt zu subventionieren;
- 2) Zieldatum für den Kohleausstieg und die Umstellung der Stromversorgung auf 100% Erneuerbare Energien muss das Jahr 2030 sein. Auch Gaspipelines oder LNG-Terminals für Fracking-Gas sind obsolet und dürfen auf keinen Fall als "Brückentechnologie" subventioniert werden;
- 3) die Bürgerenergie in den Mittelpunkt einer zügigen, sozialen, demokratischen, partizipativen und dezentralen Energiewende zu stellen, und entsprechend zu fördern, da die Bürgerinnen und Bürger dadurch direkt von der Energiewende profitieren;
- 4) dem Eigenverbrauch von Strom als ökologisch und makroökonomisch sinnvollste Form der Energienutzung Vorrang einzuräumen vor dem Bezug von Strom aus dem Netz. Das muss auch Mieterstrommodelle und Energiegemeinschaften einschließen, wie von der Europäischen Union gefordert;
- 5) Bürgerenergieprojekte, das heißt Projekte, die mehrheitlich im Besitz von Bürgerinnen und Bürgern vor Ort sind und von denen auch kontrolliert werden, von den Ausschreibungen auszunehmen.
- 6) Funktionstüchtigen Alt- und Kleinanlagen eine weitere Stromabnahme mit fairer Bezahlung zu ermöglichen. Es wäre ein Schwachsinn, diese Anlagen mit dem Auslaufen der Förderung vom Netz zu nehmen.

Wenn die Bürgerinnen und Bürger den notwendigen Wandel aktiv gestalten können und den Wandel als positiv erleben, dann kann nicht nur die Energiewende gelingen, dann kann Deutschland ein Land sein, das die richtige Antwort auf den Klimawandel findet und für uns und unsere Kinder lebenswert bleibt.

Legen Sie deshalb eine neue EEG-Novelle vor, bzw. ändern Sie die jüngste Vorlage im Sinne einer Bürgerbeteiligung. Es ist viel mehr Ausbau erneuerbarer Energien möglich mit den Bürgern. Trauen Sie sich endlich!

